

## Zur Anschaffung von Geschwindigkeitsdisplays aus dem Ortsbeiratsbudget

Wie schon längere Zeit auf meiner Homepage angekündigt, hatte ich am 16.08.11 auf der Ortbeiratssitzung in Kürenz meinen Antrag für das Haushaltsjahr 2012 gestellt, indem ich die Anschaffung von drei Geschwindigkeitsdisplays auf der Strecke zwischen der Avelsbacher Straße, dem Avelertal und der Kohlenstraße forderte. Meine Eingabe wurde vom Ortsvorsteher Bernd Michels (CDU) vorgetragen, jedoch nur unter Nennung eines einzigen Displays. Daraufhin meldete ich mich zu Wort und trug meinen darüber hinausgehenden Antrag noch einmal explizit vor: Nicht ein einziges Display sei ausreichend auf dieser ziemlich langen „Rennstecke“ über immerhin drei Straßen im Ortsteil Kürenz, sondern wenn schon, dann müssten drei Displays aufgestellt werden, damit die Autofahrer/innen bei Zeiten an ihre gefahrene Geschwindigkeit erinnert würden. Diese Idee wurde im Übrigen auch schon von höchster Stelle der Polizei gewürdigt, als ich im Frühjahr meine Idee im Ortsbeirat schon einmal vorab ankündigte, als der Polizeichef von Trier im Beisein des Oberbürgermeisters an einer Sitzung des Ortsbeirates Kürenz im Kürenzer Stadtteil Weidengraben teilnahm und die Verkehrsproblematik des Stadtteils zur Sprache kam. – So weit, so gut.

Auf der Sitzung vom 16.08.11 jedenfalls wurde einstimmig beschlossen, meinen Vorschlag der Verwaltung zur Überprüfung vorzulegen.

Am Samstag, den 27.08.11, fand ich sodann einen Briefumschlag meines Ortsvorstehers Bernd Michels (CDU) in meinem Briefkasten vor. Der Brief war eine Kopie eines Schreibens vom 08.08.11 (!) – die Ortsbeiratssitzung in Kürenz fand erst am 16.08.11 statt -, indem die Baudezernentin Frau Kaes-Torchiani „an alle Ortsvorsteher/innen“ gerichtet eine grundsätzliche Stellungnahme zum Wunsch vieler Ortsbeiräte, Geschwindigkeitsdisplays“ über das Ortsbeiratsbudget anschaffen zu wollen, abgab.

In diesem Schreiben teilt die Dezernentin mit, dass die Stadt Trier bereits zwei Geschwindigkeitsdisplays unterhalte sowie, dass „zusätzliche (freiwillige) Unterhaltungskosten für mehr als die beiden jetzt vorhandenen Geräte angesichts der städtischen Haushaltslage und der hohen Betriebskosten nicht zu rechtfertigen sind“ (Brief vom 08.08.11).

Die Betriebskosten für die beiden bereits angeschafften und von der Stadt unterhaltenen Geschwindigkeitsdisplays betragen laut Stellungnahme der Dezernentin „knapp 8000“.

Weiter heißt es:

„Daher besteht auch für den Ortsbeirat Trier-West-Pallien und anderen Ortsbeiräten die Möglichkeit, eigene Vorschläge bzgl. der Standorte zu machen, die dann durch das Straßenverkehrsamt chronologisch nach Eingang abgearbeitet werden.“ (ebd.)

Mit dieser Stellungnahme dürfte eine Geschwindigkeitsselbstkontrolle der Autofahrer in Kürenz wie sie die Geschwindigkeitsdisplays erlauben, erst einmal vom Tisch sein. Die Bewertung der Dezernentin erstaunt dennoch:

Zum einen wird als Hauptgrund für die Ablehnung anstehende Haushaltskonsolidierung angeführt, die bisher nur innerhalb des Stadtvorstandes Konsens ist, bisher jedoch noch nicht vom Stadtrat bestätigt wurde. Im Übrigen schreibt die ADD bei ihrer letzten Haushaltsgenehmigung für die Stadt Trier und das Land RLP in seiner Broschüre zum Kommunalen Entschuldungsfonds nur vor, dass „grundsätzlich die Aufwendungen und Auszahlungen [z.B. im Haushalt der Stadt Trier] unter

Beachtung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung auf die Erfüllung von unabweisbaren Verpflichtungen zu beschränken sind“ (vgl. Broschüre: Kommunaler Entschuldungsfonds RLP, Juli 2011, S. 42).

Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Frage, was „grundsätzlich [...] unabweisbare Verpflichtungen“ (ebd. S. 42) in Bezug auf die Verpflichtung der Stadt Trier seien, für eine gesundheitsverträgliche Verkehrsbelastung im Ortsteil Altkürenz zu sorgen und das auch schon von den Bewohnern im Höhenstadtteil vor dem Polizeipräsidenten und dem Oberbürgermeister beklagte zeitweilige ungehinderte Rasen einiger Autofahrer zu unterbinden?

Für Altkürenz lässt sich sagen, dass bisher alle – ich wiederhole gerne: ausschließlich „alle“! – Vorschläge des Ortsbeirates, dem allseits auch der Verwaltung bekannten Verkehrsproblem in Kürenz Herr zu werden, absagen erteilt wurden: Absagen für alle Vorschläge von Seiten der Verwaltung! Angefangen von einer durchgängigen Tempo 30-Zone für Alt-Kürenz, bis hin zu Verkehrsbarrieren (Berliner Kissen) und hin zu drei Vorschlägen für eine Umgehungsvariante! – Nichts davon konnte realisiert werden. – Das schlimmste aber ist, dass die Verwaltung, obwohl sie bisher alle möglichen verkehrsberuhigenden Vorschläge abgelehnt hat, selber keinen eigenen Vorschlag macht, wie dem Verkehrsproblem „realistischer Weise“ beizukommen wäre!

Mit Verlaub gesagt: Das kann so nicht angehen!

Wenn daher unter Verweis auf die Vorgaben des Entschuldungsfonds endgültig dringend nötige Maßnahmen in einem Stadtteil nicht einmal mehr aus dem Ortsbeiratsbudget des entsprechenden Ortsteils mitfinanziert werden, weil dadurch auch Kosten für die Stadt anfielen, dann solle doch der gesamte Stadtvorstand wegen Phantasielosigkeit im Amt, zurücktreten, damit nicht der letzte Rest von politischer Bewegung im Keim erstickt wird.

Dass diese Probleme aber nicht nur in Kürenz virulent sind, zeigt der im Schreiben von Frau Kaes-Torchiani angesprochene Stadtteil Trier-West Pallien. Freilich herrschen auch in diesem Stadtteil unzumutbare Verkehrsverhältnisse für die Anwohner verschiedener Straßen vor. Aber auch hier ist kein Weiterkommen angesichts der finanziellen Vorgaben des Stadtvorstandes abzusehen. – Dagegen müssten breite Bevölkerungskreise protestieren und – wenn nötig – permanent auf die Straße gehen. Denn hier werden auf Kosten weniger Anwohner/innen Sparmaßnahmen durchgeboxt, die allen zugutekommen sollen, außer denen, an den zuvor schon reichlich von Seiten der Stadt gespart wurde!

Ich bin mal gespannt, wie die Verwaltung das zweite vom Ortsbeirat Kürenz einstimmig befürwortete Projekt zur Verwendung des Ortsbeiratsbudget 2012 bewerten wird? Bei diesem zweiten Projekt berichtete der Volksfreund groß. Gefordert wird von einer Elterninitiative auf dem Petrisberg in einer Tempo 30-Zone für ca. 18.000 Euro teure sog. „Berliner-Kissen“, die in entsprechenden Abständen quer über die Fahrbahn geschraubt werden, damit die fahrenden Autos zum Abbremsen gezwungen sind. Busse und Krankenwagen, so erläuterte die Initiative, kämen aufgrund ihres breiteren Achsenstandes ohne Beeinträchtigung in der Mitte der Fahrspur und ohne Wackelpartie durch die Straße.

Angesichts dieses hohen Betrages und angesichts des Umstandes, dass es sich bei der Straße auf dem Petrisberg bereits um eine Tempo-30-Zone handelt, kann ich mir nicht vorstellen, dass auch dieses förderungswürdige Projekt von Seiten der Verwaltung Unterstützung finden wird. Atemberaubend

bleibt allerdings, mit welcher Selbstverständlichkeit in einigen Stadtbezirken Summen ins Spiel gebracht werden, ohne auch nur einen Blick auf die Verhältnismäßigkeit der eigenen Forderung zu achten. Immerhin handelt es sich beide Male um Bezirke im Stadtteil Kürenz. Während jedoch auf der einen Seite darum gestritten wird, ob es ein oder mehrere Geschwindigkeitsdisplays tun, wird auf der anderen Seite ohne zu zögern ein Betrag eingefordert, der dem privilegierten Wohnen auf dem Petrisberg nur angemessen erscheint. Was auf der Seite der Petrisberger überzogen wird, wird auf der Seite der Verwaltung aber unterboten.

So erstaunt zum zweiten dann doch die äußerst geringe Summe von „knapp 8000“ Euro, die eine Geschwindigkeitsselbstkontrolle der Autofahrer für nur zwei Displays jährlich kostet. Angesichts der eingesparten zig Millionen Euro für eine Umgebungsstraße in Kürenz und bald auch für eine im Stadtteil Zewen (!) ist die von der ADD und vom Land vorgegebene „Erfüllung von unabweisbaren Verpflichtungen“ in diesem Falle für die Stadt Trier voll und ganz gegeben und eben nicht als „freiwillige“ Leistungen abzutun! Der Entschuldungsfonds läuft im Übrigen, sollte die Stadt Trier ihm betreten, bis in Jahr 2026! – Es tut sich was in Trier, wagt der Oberbürgermeister mit dem Stadtvorstand zu sagen.

Zynikern ist aber nicht beizukommen, das wird eine Erkenntnis meiner bisherigen kommunalpolitischen Arbeit sein.

Johannes Verbeek

Trier, den 28.08.11